

Moderator Dr. Spieker:

Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten und nochmals wie es sich gehört zum 3. Mal mein herzliches Willkommen Ihnen allen aussprechen zur 1. Fachtagung. Ich darf Sie schon einmal vorab begrüßen und herzlich einladen möglichst weit nach vorne zu kommen und Platz zu nehmen, denn unsere Aufgabe ist eine große und die Zeit ist knapp und wir wollen nichts verschenken.

Ein herzliches Willkommen zum ersten Fachtag „Gemeinsam zu einem Bayerischen Aktionsplan“. Wir wollen uns heute in der Konstellation Betroffene, Ministerien und Interessenvertreter hier zusammenfinden und gewissermaßen in die Tiefe der Fortentwicklung des Aktionsplans zur Umsetzung der Behindertenkonvention einsteigen. Ich freue mich sehr, dass wir unter uns auch eine Reihe von Landtagsabgeordneten begrüßen dürfen. Hervorgehoben sei der Herr Vizepräsident des Bayerischen Landtages, Herr Meier, der gerade hier vorne Platz nimmt. Ein jeder von Ihnen ist uns sehr herzlich willkommen und sehr wichtig, herausgehoben können aber dennoch jene werden, die sich in besonderer Weise für unser aller Anliegen einsetzen, nämlich für das Gemeinwohl und das sind ja bekanntlich die Landtagsabgeordneten. Mein Name ist Michael Spieker, ich komme von der Akademie für politische Bildung in Tutzing und darf den Tag moderieren. Die Zeiten für Teilhabe und Mitbestimmung scheinen eigentlich heutzutage ungünstig zu sein. Ein Blick in die gestrigen Nachrichten wird Ihnen das direkt vor Augen führen. Da gibt es ein Land, in dem ein Referendum über eine alle betreffende Sache gestartet werden soll und die Reaktion sind fallende Börsenkurse. Frage: Sind die denn noch alle ganz bei Trost? Da gibt es einen Abgeordneten im Deutschen Bundestag der seine Überzeugung aufrecht vertritt und dafür beschimpft wird. Vor solch einem Hintergrund ist es ein schönes und sehr wichtiges Zeichen, dass wir heute den Bayerischen Aktionsplan in der Phase seiner Entstehung mit den Betroffenen direkt beraten wollen, dass wir also ein Grundprinzip der Demokratie, nichts über uns ohne uns, nämlich die Mitbestimmung verwirklichen. Es ist schon klar, ich sagte vorhin die Aufgabe ist eine große, es gibt viele Themen, die Zeit ist knapp, deswegen halte ich mich jetzt auch knapp und deswegen hoffe ich auch, dass das was heute hier stattfinden wird, ein Anstoß sein wird, für weitere Kontakte zwischen Politik, zwischen Ministerien und Betroffenen und auch ein Anstoß sein wird für die weitere Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, denn die ist keine Aufgabe allein der Regierung, sondern eine Aufgabe aller, die da regiert werden – nämlich von uns allen. Ich darf nun als ersten Redner eines Grußwortes unseren Gastgeber begrüßen bzw. unseren Vertreter unserer Gastgeberin, der Frau Staatsministerin Haderthauer, Herrn Burkard Rappl, Ministerialdirigent im Staatsministerium. Ich darf ihn um seine einleitenden Worte jetzt gleich bitten, wir werden dann die Reihenfolge zunächst hier oben fortsetzen mit Frau Badura und Herrn Kirchner und dann sehen Sie es schon an der Gestaltung des Raumes hier oben, danach wollen wir eine gemeinsame Gesprächsrunde starten, bevor wir in die

Arbeitsgruppen gehen. Also Ihnen allen noch mal mein herzliches Willkommen und ich darf Herrn Rappl um sein Grußwort bitten:

Burkard Rappl:

Sehr geehrte Frau Badura, sehr geehrter Herr Dr. Spieker, lieber Herr Kirchner, sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Ministerin Haderthauer hat mich gebeten sie zu entschuldigen und hat mich gebeten das Bayerische Sozialministerium heute hier bei der Fachtagung zu vertreten. Ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich der Einladung von der Ministerin und dem Landesbehindertenrat gefolgt sind. Es zeigt uns, dass ein großer Mitgestaltungswille besteht und wir den Weg zu einem bayerischen Aktionsplan nicht alleine gehen müssen. Ich begrüße nochmals ganz herzlich die Damen und Herren Abgeordneten des Bayerischen Landtags, es freut mich besonders, dass Sie den Weg hierher gefunden haben, Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke, der Regierungen, Landkreise und Städte aus den Verbänden, aus den Kommunen, aus den Ministerien habe ich schon eine große Zahl hier gesehen, die Vertreterinnen und Vertreter des Zentrums. Ganz herzlich willkommen auch denjenigen, die Menschen mit Behinderung vertreten und die vielen Menschen aus der Selbsthilfe und den Einrichtungen, egal ob mit oder ohne Behinderung. Ich begrüße auch die Aktivisten des heutigen Tages die die Tagung fachlich begleiten, danke Ihnen für die Unterstützung und auch die vielen Mitstreiter aus der Behindertenarbeit, die vielfach bereits Partner der verschiedenen Ministerien sind, begrüße ich ganz herzlich.

Als Leiter der Fachabteilung „Teilhabe von Menschen mit Behinderung und soziale Hilfen“ im Sozialministerium bin ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern ja sehr eng mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern befasst. Wir haben den Entwurf eines Aktionsplans mitentwickelt. Der Entwurf und das möchte ich auch noch einmal betonen, stammt aber nicht aus unserem Ministerium alleine. Er ist und soll auch ein Gemeinschaftsprodukt sein, in dieser Phase jetzt auch mit den übrigen Ressorts der Staatsregierung. Für Ihre Mitwirkung nochmals herzlichen Dank. Ich kann Ihnen sagen, bis zu dem Entwurf wie er jetzt vorliegt und mit dem wir uns heute näher befassen werden und dessen Entwurfsfassung übrigens vor den Türen dieses Saales als Entwurf in gedruckter Form auch ausliegt, war es schon ein ganzes schönes Stück Arbeit, aber es lohnt sich auch. Es galt Handlungsfelder zu bestimmen, dazu haben wir bereits vor dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention die Ressorts um ihre Einschätzung gebeten. Wir haben schließlich am 30.03.2009 unter Federführung der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung – Frau Badura – ich kann mich noch gut erinnern – eine große Fachtagung gehabt, in der wir uns intensiv mit der UN-Behindertenrechtskonvention befasst haben und letztlich

ist als Grundlage für den Entwurf eines Aktionsplans dann zurückgegriffen worden auf die Beiträge der Ressorts, der damaligen Fachtagung, viele Gespräche mit dem Landesbehindertenrat und Anregungen, Gespräche mit der Bayerischen Behindertenbeauftragten und auch auf die Anhörung des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit des Bayerischen Landtags im November 2011, der auch wesentliche und wichtige Impulse geliefert hat. Es ist das erklärte Ziel der Staatsregierung, den Entwurf eines Aktionsplans im Dialog mit den Beteiligten insbesondere den Verbänden, Organisationen und Vertretern behinderter Menschen, den Kosten- und Einrichtungsträgern und auch dem Bayerischen Landtag zu einem Bayerischen Aktionsplan weiter zu entwickeln. Dies um zu gewährleisten, dass er von einer breiten Bevölkerung mitgetragen und auch umgesetzt werden kann. Wir haben daher das Papier auch als Entwurf bezeichnet, der kein statisches Gebilde ist, sondern den es nun gemeinsam fortzuentwickeln gilt. Und mit dem Aktionsplan ist auch dann die Arbeit noch lange nicht getan, sie beginnt ja dann erst wenn es darum geht, den Aktionsplan umzusetzen und zu konkretisieren. Wir haben den Aktionsplan bzw. den Entwurf auf unserer Internetseite des Sozialministeriums veröffentlicht und haben ihn auch neben dem Bayerischen Landtag – wir haben ihn an alle Abgeordneten geschickt – auch an ca. 140 Verbände und Organisationen in Bayern übersandt und gebeten, dazu Stellungnahmen abzugeben, es sind schon etliche eingelaufen. Die Staatsregierung kommt auch damit ihrer Verpflichtung, die ja in der UN-Behindertenrechtskonvention in Art. 4 niedergelegt ist nach und sie will diese Verpflichtung auch ernst nehmen. Es geht nun darum die zahlreichen Stellungnahmen in die Weiterentwicklung zu einem Bayerischen Aktionsplan einzubeziehen. Es werden noch Stellungnahmen kommen, wir hatten ja gebeten, bis Ende Oktober abzugeben, es werden noch einige kommen, da wurde auch um Verlängerung gebeten, das ist auch auf jeden Fall möglich. Wir erwarten uns von diesen Eindrücken weitere wichtige Impulse und Fakten für den Bayerischen Aktionsplan und nach den Diskussionen mit ihnen wollen wir, ggf. nach einer weiteren Fachtagung – dann 2012 also im nächsten Jahr diesen Aktionsplan als Aktionsplan präsentieren. Ein Plan der sicher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, der aber richtungsweisend für die weitere Arbeit sein wird. Er soll auch Vorbildfunktion für zahlreiche Akteure auf politischer, behindertenpolitischer und kommunaler Ebene haben. Denn die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kann nicht allein von der Staatsregierung und dem Sozialministerium geschultert werden. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle betrifft. Frau Staatsministerin, Herr Staatssekretär, die Amtsspitze, meine Abteilung, das gesamte Zukunftsministerium wollen gemeinsam mit ihnen die soziale Zukunft Bayerns tatkräftig gestalten und diese Fachtagung soll und wird einen Beitrag dazu leisten, unserem Zukunftsziel einer inklusiven Gesellschaft ein Stück näher zu kommen. Ich danke Ihnen.

Moderator Dr. Spieker:

Sehr geehrter Herr Rappl, der Dank geht zurück. Neben mir steht, sie kennen sie alle, Frau Irmgard Badura, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung -. Ich freu mich, dass auch sie heute hier sind und darf auch sie um ihren Beitrag bitten:

Irmgard Badura:

Lieber Herr Spieker, besten Dank. Ja, bei meinem Titel könnten wir mal mit der leichten Sprache anfangen zu überlegen. Lieber Herr Rappl, Herr Kirchner, Herr Dr. Spieker, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, alle Anwesenden, liebe Freunde und Mitstreiter. Inklusionsteams haben es oft als hilfreich empfunden, einen kritischen Freund in den Prozess einzubinden. Dies sollte eine außenstehende Person sein, die das System, hier die Schule gut kennt. Unterstützend und herausfordernd agiert und den Prozess kontinuierlich engagiert begleitet. Weder die Person und das System – hier die Schule – dürfen von der jeweils anderen Seite abhängig sein. Dieses Zitat stammt aus dem Index für Inklusion, dieser Index entstand 2002 für Schulen in Großbritannien. 2003 legte Prof. Andreas Hinz die deutsche Übersetzung vor. Der Index beruht, wie man dem Zitat entnehmen kann, auf praktischen Erfahrungen beim Thema Inklusion. Er gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Verwirklichung von Inklusion in der Schule. Aus dem Zitat selbst wird klar, Inklusion braucht kritische Freunde, die an der richtigen Stelle einen Schritt zurücktreten können und die Kritik konstruktiv formulieren können, damit der Inklusionsprozess weitergeht. Dies gilt selbstverständlich auch, so ist es meine Auffassung, für den Bayerischen Aktionsplan, der Entwurf der Staatsregierung braucht damit, damit daraus ein Aktionsplan des Freistaates wird die kritisch-konstruktive Begleitung, eben kritische Freunde. Nur so wird es gelingen, einen praxistauglichen Aktionsplan für Bayern entstehen zu lassen. Die aktuelle bayerische Debatte zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dreht sich um die Frage, wie man die konkretisierten Menschenrechte mit Leben erfüllt – also konkret umsetzt. Bevor man jedoch konkrete Schritte unternimmt, braucht man zunächst einen Plan eben, den Aktionsplan. Er muss nicht unbedingt alle Antworten enthalten, manchmal besteht ja die Kunst darin, die richtigen Fragen zu stellen. Es ist gut, dass die Staatsregierung den Entwurf eines Aktionsplans vorgelegt hat, damit haben wir eine Grundlage für unsere Diskussionen über wichtige Fragen, Antworten und praktische Schritte. Der Prozess lebt von der konkreten Teilhabe in allen Lebensbereichen. Deshalb ist es so wichtig, dass möglichst viele Menschen mit und auch ohne Behinderung ihre Vorstellungen für einen Bayerischen Aktionsplan äußern und dass wir tatkräftig mitdiskutieren. In diesem Sinne verstehe ich auch die heutige Veranstaltung, sie dient der Debatte der Menschen mit Behinderung, ihrer Begleiter und Sprecher sowie Verbänden untereinander. Aber und darüber bin ich besonders froh, auch in erster Linie

dem Dialog mit den Vertretern der einzelnen Ressorts der Staatsregierung. Es gilt, die Perspektive des Gegenübers zu kennen und zu respektieren. Wir alle – ob mit oder ohne Behinderung – müssen fähig sein, die Perspektive der Partner zu verstehen. Nur gemeinsam und mit großem Respekt vor der Vielfalt die unser Gemeinwesen prägt, können wir die richtigen Fragen, Antworten und Schritte formulieren. Was sich so leicht in ein, zwei Sätzen formulieren lässt, erfordert in der Praxis der Debatte und des Dialogs und sicherlich einige Mühe. Ich bin jedoch zuversichtlich, weil ich ja die meisten Dialogpartner inzwischen kenne und schätze, dass wir heute gute Ergebnisse erzielen werden. Die Fachlichkeit der Mitarbeiter der Ressorts sowie der Menschen mit Behinderung als Experten in eigener Sache sind die beste Voraussetzung für echte Resultate. Die Themenschwerpunkte für die Offenen Stationen stellen aus meiner Sicht keine abgeschlossene Aufzählung dar. Vielmehr sind es die Bereiche an denen der Handlungsbedarf besonders groß ist und der Aktionsplan deshalb besonders wichtig erscheint. Auf die einzelnen Themen möchte ich an dieser Stelle natürlich nicht eingehen. Zwei Aspekte von gelungener Partizipation möchte ich aber kurz in Erinnerung rufen. Teilhabe braucht Bewusstseinsbildung und zwar in allen Lebensbereichen. Hier wünsche ich mir von den Stationen, dass wir Ergebnisse mitnehmen können, wie Bewusstseinsbildung in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Barrierefreiheit besser vorangebracht werden können. Hier stellt sich für mich auch die Frage nach möglichen Partnern aus der Gesamtgesellschaft, die wir bisher noch nicht erreicht haben und die wir besser erreichen müssen. Und zweitens, Teilhabe braucht politische Beteiligung und zwar in allen Lebensbereichen. Auf staatlicher, wie auf kommunaler Ebene. Das Ergebnis, der Bayerische Aktionsplan, soll möglichst alle staatlichen bzw. kommunalen Ebenen motivieren eigene Aktionspläne bzw. kommunale Teilhabepläne zu erstellen. Wenn wir nämlich vollumfängliche Teilhabe wirklich wollen, so kann sie eigentlich nur vor Ort in unseren Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden Wirklichkeit werden. Dies ist eine große Herausforderung, die wir auch bei einer landesweiten Perspektive der heutigen Veranstaltung nicht außer Acht lassen dürfen. Sehr geehrte Damen und Herren, lassen sie uns gemeinsam die Herausforderung der UN-Behindertenrechtskonvention annehmen, lassen sie uns die Inhalte gemeinsam diskutieren und versuchen wir uns gemeinsam auf den Weg in eine Gesellschaft der Teilhabe zu machen, in eine Gesellschaft, in der wir ob mit oder ohne Behinderung, miteinander mit-ten drin gut leben können und wollen. Ich wünsche der Tagung einen guten Verlauf und viel Freude bei der Arbeit. Danke schön.

Moderator Dr. Spieker:

Sehr verehrte Frau Badura, vielen Dank. Kritische Freunde braucht es, ich denke, der Saal ist voll davon. Ich freue mich einen weiteren Redner der zu einem Freund geworden ist be-

grüßen zu können: Herrn Reinhard Kirchner, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe und darf auch ihn um sein Wort bitten:

Reinhard Kirchner:

Sehr geehrte Frau Badura, sehr geehrter Herr Rappl, sehr geehrter Herr Spieker, sehr geehrte Damen und Herren vom Bayerischen Landtag, sehr geehrte Vertreter der Ministerien. Ich spreche heute hier einerseits als Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe, wie Herr Spieker mich vorgestellt hat, aber insbesondere als Vertreter des Landesbehindertenrates. Und ich muss am Anfang meiner Freude Ausdruck verleihen, dass aufgrund der Initiative im Landesbehindertenrat die Ministerin Haderthauer persönlich anwesend war, wo der Landesbehindertenrat eine starke Beteiligung gefordert hat und wir am Anfang vielleicht noch nicht in dem Sinne beteiligt waren, wie wir es uns gewünscht hätten. Frau Haderthauer hat sofort diesen Vorschlag aufgegriffen und gesagt, dann machen wir doch im Rahmen der ConSozial eine gemeinsame Veranstaltung. Ich denke es ist gut, dass wir hier in dieser gemeinsamen Veranstaltung jetzt das Thema Aktionsplan der Bayerischen Staatsregierung einfach neben den unterschiedlichen Stellungnahmen, die die Verbände abgegeben haben, in einer gewissen Auswahl, in einer gewissen Beteiligung von Interessenten, die bei der Umsetzung mitwirken möchten, dass die hier zusammen sind und heute Gelegenheit haben neben dem schnöden Papier das immer wieder eingereicht wird, persönlich im Dialog ihre Vorstellungen einzubringen. Worum geht es bei der UN-Behindertenrechtskonvention? Es geht im Wesentlichen bei der UN-Behindertenrechtskonvention darum, dass Menschen mit einer chronischen Krankheit und Behinderung in erster Linie als Bürger dieses Staates gesehen werden. Das denke ich ist der eigentliche Perspektivwandel. Perspektivwechsel, der sozusagen in diesen Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention steckt. Der Perspektivenwandel, in dem der Behinderte, der schwerbehinderte Mensch nicht mehr als Objekt eines Hilfesystems gesehen wird, sondern als Individuum und was noch wichtiger ist auch als Bürger dieses Staates. Menschen mit einer Behinderung - und die UN-Behindertenrechtskonvention fordert das - müssen eingebunden werden in alle gesellschaftliche Bereiche, die der Staat anbietet. Das geht los bei der Frühförderung bis hin zu der Erziehung im Kindergarten, Kindertagesstätten bis über die Schule, bis hin zur beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung insbesondere aber auch in den Bereichen Wohnen, Freizeit und politische Bildung. Ich denke, das sind die Themen, die ja heute in den Workshops auch noch diskutiert werden und wir haben natürlich auch noch Geschichte hinter uns. Ein Behindertensystem das aufgebaut worden ist noch unter dem Gedanken, behinderten Menschen gewissermaßen besondere Hilfen auch angedeihen zu lassen, sie sozusagen in den Sonderbereichen zu fördern und dann versucht wurde, sie zu integrieren. Wir sind heute durch die UN-Behindertenkonvention durch den von mir kurz

skizzierten Perspektivenwandel aber dabei zu versuchen, dass wir sagen, wir müssen nicht von Anfang aussondern, sondern versuchen von Anfang alle Bereiche die ich eben genannt habe, Kindergarten, Schule, Wohnzeit, Freizeit gemeinsam mit den Menschen zu gestalten. Dies wird heute landläufig auch unter dem Begriff Inklusion gesehen. Die Diskussion währt ja jetzt schon länger und ich stelle immer wieder fest, dass sich je länger der Prozess dauert auf der einen Seite wieder die Skeptiker und Kritiker der Inklusion zu Wort melden. Einerseits wird gesagt, das ist nicht machbar, schwerstbehinderte mit normalen Kindern zusammenzuführen und auch noch Bildung oder sonstige Maßnahmen durchzuführen. Auf der anderen Seite wird gesagt, wir sind eigentlich schon lange inklusiv, wir brauchen eigentlich nicht mehr viel machen. Und wir haben auf der anderen Seite - und das ist was das man auch ganz klar sehen muss -, ich möchte das am Beispiel - mit Frau Götz bin ich heute im Zug zusammen gewesen und habe darüber gesprochen -. Es ist so, dass beispielsweise jetzt – das Kultusministerium muss man hier auch wirklich lobend erwähnen – bei der Inklusion zumindest mit dem ersten praktikablen Versuch es auch umzusetzen vorangegangen. Es ist so, dass beispielsweise in einer Schule mit inklusivem Profil, die es gewissermaßen versuchen wollte die Eltern von nichtbehinderten Kindern dieses Modell abgeschmettert haben, weil sie gesagt haben, wir wollen keine behinderten Kinder, wir wollen keinen gemeinsamen Unterricht. Also sie sehen, es ist nicht nur eine Aufgabe - und deswegen stehen wir hier sozusagen als Behindertenvertreter -, sondern wir müssen es begreifen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen die Eltern davon überzeugen, dass es überhaupt kein Nachteil ist, in einem inklusiven System ihre Kinder aufwachsen zu lassen. Auch Menschen mit einer schwersten Behinderung können an einem solchen System teilhaben. Ich muss immer wieder dieses Beispiel, das ich in den skandinavischen Ländern selbst erlebt habe, dass ein schwerstbehindertes Kind in einer normalen Kindertagesstätte gewesen ist. Die Kinder haben gespielt und dieses schwerstbehinderte Kind ist mitten in der Gruppe gelegen. Und als wir die Vertreterin gefragt haben, wie's hier im Alltag läuft. Die Kinder sind an das Kind herangegangen und haben es angefasst, haben es rumgerüttelt, also uns ist fast Angst dabei geworden als wir das gesehen haben, haben normal mit dem Kind gespielt und die Erzieherin hat dann gesagt: Es ist doch besser dieses Kind am Leben teilhaben zu lassen, als dass es in einem Zimmer liegt und nur schaut, wie sich die Blätter bewegen. Die anderen Kinder, die erleben, dass in ihrer Gruppe ein schwerstbehindertes Kind dabei ist, machen ganz andere Erfahrungen. Das ist mit Inklusion im Wesentlichen gemeint und ich denke das müssen wir in allen Bereiche Schritt für Schritt gemeinsam angehen. Der Bayerische Aktionsplan ist eine Struktur die gewissermaßen auch vorgibt und den Versuch macht. Die Stellungnahmen zeigen, wo eben noch die Stellschrauben zu ziehen sind und da ist auch noch gemeinsam was zu tun. Wir haben als LAG auch deshalb keine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, weil die Stellungnahme des Landesbehindertenrates auch im Wesentlichen aus

der Feder der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe stammt. Ich will jetzt aber noch kurz auf einen Aspekt eingehen der hier nicht besonders in den Workshops angesprochen wird. Es geht um die Partizipation. Es geht um die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention, insbesondere aber auch um die Teilhabe und Mitbestimmung von chronisch kranken und behinderten Menschen im politischen und öffentlichen Leben. Das Thema Partizipation wird nicht in einem eigenen Workshop angeboten, aber es wirkt meiner Meinung nach in alle Bereiche, die heute diskutiert werden ganz stark hinein. Denn wir können nicht planen im Sinne des Aktionsplans, ohne dass die betroffenen behinderten Menschen an dieser Planung beteiligt werden, wenn sie mitbestimmen. Art. 29 sagt beispielsweise über die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben, dass der Bund und die Länder verpflichtet sind, aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderung ohne Diskriminierung gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können. Weiter heißt es sinngemäß – und das könnte man unter das Thema Selbstbestimmung, Selbstvertretung fassen - dass insbesondere die Bildung der Organisationen der Menschen mit Behinderung auf internationaler, nationaler und regionaler und lokaler Ebene zu unterstützen und zu fördern ist. Menschen mit Behinderung müssen sich mit ihren Angelegenheiten selbst vertreten können. Ein Beispiel für den Selbstvertretungsanspruch ist ja auch unsere Dachorganisation mit ihren 102 landesweit zusammengeschlossenen Behindertenselbsthilfeorganisationen. Das Ministerium hat frühzeitig erkannt, - ich weiß nicht, ob Herr Dr. Hölzl auch hier im Raum ist – als die Landesarbeitsgemeinschaft gegründet wurde mit 20 Organisationen und die Wohlfahrtsverbände – verzeihen sie mir bitte diese Äußerung – die Selbsthilfe noch gar nicht in dem Sinne wahrgenommen haben. Da hat das Ministerium damals gesagt, wenn es betroffene behinderte Menschen gibt die sich selbst organisiert haben, dann ist der Staat im Sinne der Subsidiarität verpflichtet, diese Bereiche zu fördern. Das war auch ein Grund, warum unsere Landesarbeitsgemeinschaft entstanden ist und es war gute Schule. Ich muss hier auch leider wieder kritisch anmerken, dass dieses gute demokratische Prinzip der Subsidiarität immer zu sehr unterschätzt und vergessen wird. Es geht um Beteiligung. Ich möchte es jetzt nur noch knapp machen, damit ich die Zeit nicht zu sehr strapaziere. Es geht aber auch um Mitwirkung und Beteiligung von behinderten Menschen am gesellschaftlichen Leben. Menschen mit Behinderung müssen in die Lage versetzt werden, sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können und Verantwortung mit zu tragen. Dies setzt aber voraus, dass entsprechende politische Angebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung angeboten aber auch möglicherweise neu strukturiert werden müssen. Es muss beispielsweise in allen Bereichen der Fort- und Weiterbildung selbstverständlich sein, dass für sehbehinderte, blinde und taubblinde Menschen Schriftvorlagen in Brailleschrift vorliegen, dass für gehörlose Menschen unbürokratisch – und das ist ein ganz großes Problem, da könnte ich abendfüllend darüber berichten, sie Dolmetscher bekommen, wenn sie an Bil-

dungsveranstaltungen, wenn sie an verbandlichen Veranstaltungen teilnehmen, das ist leider noch nicht selbstverständlich. Es geht – das war der Wahlspruch der Betroffenen – nicht ohne uns, über uns. Die unterschiedlichen Bedürfnisse der chronisch kranken und behinderten Menschen z. B. beim Ausbau barrierefreier Verkehrswege öffentlicher Gebäude, Gestaltung von Lebenswelten, kann doch nur gerecht werden, wenn Personen die es unmittelbar betrifft bei der Planung von Anfang an eingebunden sind. Das ist Partizipation. Und der letzte Aspekt, auf den ich auch nur ganz kurz eingehen möchte, der aber wichtig ist. Es geht auch darum, dass Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlich angebotenen Gremien in Politischen, in Landtagen, Städtetagen und den Gemeindetagen, aber auch in den Verwaltungsorganen, dass eben Menschen mit Behinderung wählbar sind. Es ist im Alltag immer noch nicht so, dass eben Menschen mit Behinderung nur dann in der Öffentlichkeit auftreten, wenn es um Behinderung geht. Und diese Wählbarkeit, diese Befugnis Partizipation heißt auch, dass Menschen mit Behinderung nicht wegen ihrer Behinderung, sondern aufgrund ihrer Kompetenz gefragt sind. Das ist wichtig und das ist auch ein Schlüssel, den wir eben auch anwenden müssen, dass diese Menschen sich auch beteiligen können. Als Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe hoffe ich, dass sie, die sie heute hier beteiligt sind die Chance nutzen, kritisch ihre Fragen, ihre Probleme einbringen in die Diskussion und dass es ein spannender Tag wird. Die Landesarbeitsgemeinschaft wird immer als kräftiger Mahner und als Vertreter den Prozess der UN-Behindertenrechtskonvention begleiten. Wir sind froh, dass wenigstens ein erster Schritt gemacht ist und dieser Tag zeigt auch, dass die Umsetzung doch sehr ernsthaft betrieben wird. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Moderator Dr. Spieker:

Ja, vielen Dank auch an Sie lieber Herr Kirchner. Wir haben jetzt schon einmal den Bogen vorgespannt. Jetzt wollen wir den Pfeil losschnellen lassen. Ein Entwurf steht vor uns, wir wollen ihn mit kritischen Freunden begleiten und diese Begleitung, das funktioniert auf dem Weg der Partizipation. Jetzt wollen wir in eine erste Praxisrunde hier auf dem Podium einsteigen. Ich darf die Tandempartner zu den verschiedenen Themen hier auf die Bühne bitten, sich allesamt hier zu versammeln aus den sechs Themenbereichen die wir heute vornehmen wollen und der Gedanke ist folgender: Wir wollen zunächst einfach einmal in zwei Schritten den Entwurf und das was geplant ist anschauen. Das möge dann den Boden bereiten damit wir gewissermaßen die Mitbestimmung und Beteiligung noch eine Stufe weiterdrehen können. Dann gleich in der Workshopphase. Wir haben jetzt ca. 50 Minuten Zeit und wie gesagt, ich darf alle Teilnehmer bitten hier vorne in die Mitte der Bühne zu kommen und Platz zu nehmen. Wir üben jetzt.

Wie sie erfahren haben, ist ja die gemeinsame Beratschlagung auf dem Weg vom Entwurf zum Plan, gleichsam noch in den Kinderschuhen – das ist noch etwas was wir heute wirklich

beginnen wollen - und so sehen wir sozusagen eine Reihe von Dialogübenden vor uns. Ich möchte mit dem ersten Thema beginnen, nämlich der Bildung, zu dem wir zwei Partner hier haben, Herrn Akhavan (Schüler- das muss ich sagen, finde ich besonders bemerkenswert, gerade im Bereich Schule, werden Schüler sonst eigentlich nicht gefragt was sie eigentlich davon halten. Hier im Bereich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben wir gewissermaßen etwas das beispielgebend sein kann, auch für die Inklusion in anderen Bereichen. Ich möchte zunächst Herrn Akhavan bitten das Wort zu ergreifen, dass er uns aus seiner Sicht sagt, was er in dem Entwurf bislang gelesen hat und wie seine Stellung dazu ist:

Artin Akhavan:

Ja, vielen Dank, dass ich hier sitzen und von mir erzählen kann. Mit vier Jahren wurde ich auf Wunsch meiner Eltern und von mir in einem Kindergarten integrativ gefördert. Mit sechs Jahren wurde ich in eine Regelschule in Coburg integrativ eingeschult. Anfangs lief es ganz gut, mit den Kindern gab's gewisse Unsicherheiten, aber im Großen und Ganzen hat alles geklappt. Später sind wir nach Nürnberg umgezogen und ich kam in der 4. Klasse in die Blindenschule. In der siebten Klasse war ich ein Jahr in Marburg auf der Blindenschule und dann von der achten bis zur zehnten Klasse war ich wieder hier in Nürnberg. Seit September dieses Jahres bin ich in einem Regelgymnasium hier in Nürnberg und besuche dort die Einführungs-klasse.

Erich Weigl:

Herr Akhavan, ich bin sehr dankbar, dass Sie sich in der Ferienzeit bereiterklärt haben zu uns zu kommen und die Devise des Sozialministerium bei der Vorbereitung war ja, Betroffene mitzubringen und für mich als Fachreferent im Kultusministerium war es gar nicht so einfach, in der Ferienzeit eine Schülerin oder einen Schüler zu finden. Ich bin sehr dankbar, dass Herr Akhavan hier mitgekommen ist und auch sie haben bei der ersten Schilderung deutlich vernehmen können, dass er sowohl eine Förderschule besucht hat als auch eine allgemeine Schule und jetzt im Gymnasium weilt. Wir haben heute im Workshop die große Gelegenheit, Ihnen das ganze Netz aufzuzeigen und ich bin dankbar, dass meine Kollegin Frau Götz, die für die Rechtsfragen zuständig ist, auch heute dabei ist. Aus dem Gymnasium ist ein Vertreter hier, aus der Förderschule und aus dem Mobilen sonderpädagogischen Dienst auch. Wir wollen heute im Workshop zum Thema Aktionsplan und Weiterentwicklung der schulischen Maßnahmen mit Ihnen diskutieren und beraten und ich finde es wirklich wichtig, dass wir Betroffene wie Herrn Akhavan immer zur Seite haben und zusammen gestalten. Vielleicht ganz kurz, ich habe eine Folie mitgebracht, wie sieht das Staatsministerium für Unterricht und Kultus den Aktionsplan. Ich würde jetzt gerne die erste Folie aufrufen und

da sehen Sie gleich, dass wir im Bayerischen Landtag – und das ist wirklich eine großartige politische Entwicklung gewesen – im interfraktionellen Austausch eine Novellierung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes bekommen haben und im Workshop wollen wir heute die sechs wesentlichen Felder wie wir uns jetzt im Hinblick auf den Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention neu orientieren, wie wir bestehendes weiterentwickeln und das ist ja die bayerische Besonderheit, wir fangen ja nicht bei Null an um etwas Neues aus dem Boden zu stampfen, uns geht's darum, die Partner mitzunehmen, uns geht's darum, bereits Bestehendes weiterzuentwickeln und ich darf ganz kurz aufleuchten lassen, dass wir in den Kooperationsklassen nach dem neuen Gesetz weiterhin die inklusiven Bestrebungen fortsetzen, dass wir die ehemaligen Außenklassen jetzt Partnerklassen weiterhin für auch schwerstbehinderte Schülerinnen und Schüler weiterentwickeln wollen und zwar, man höre und staune, in allen Schularten. Inklusion in Bayern ist ein Thema für alle Schularten. An dieser Stelle darf ich unserem Staatsminister, Herrn Dr. Spaenle sehr danken, dass er als Präsident der KMK 2010 für Deutschland dieses Thema Inklusion so vorwärts gebracht hat, dass wir jetzt ein gesamtdeutsches Positionspapier haben und vor 14 Tagen wurde von den Kultusministern auch die Weiterentwicklung sonderpädagogischer Empfehlungen zum Thema Inklusion verabschiedet. Wichtig ist – und da haben wir heute bereits im Vorfeld mit Verbänden Gespräche geführt -, dass die Förderschule – Herr Kirchner – nicht eine Einrichtung ist die aussondert, sondern für uns ist die Förderschule nach wie vor eine besondere Schule, die wir in dieses System mit reinnehmen. Und Inklusion für Bayern Thema Nr. 5 ist eine bayerische Besonderheit. Wir wollen das Knowhow - die Fachlichkeit - in besonderen Schulen mit dem Profil Inklusion weiter verstärken und Nr. 6: Wir haben dazu eine neue Form i. S. d. Art. 24 entwickelt. Wir haben jetzt Klassen mit festem Lehrertandem, wo also die allgemeine Pädagogik mit der Sonderpädagogik sich verschwistert. Der Aktionsplan, Herr Dr. Spieker, und ich komme zum Schluss ist für uns Motivation und Auftrag. Ich möchte an dieser Stelle vor allem Frau Badura danken, die uns im Ministerium immer kräftig anschiebt und die bereits mit uns zusammen über alle Schularten verteilt das Positionspapier mitgestaltet hat und Fachtagungen mit organisiert hat, die dazu beitragen, dass wir nicht müde werden, auf den Weg weiterzumachen, voranzukommen und miteinander das Thema gestalten. Als Letztes: Pädagogen dürfen ja ein bisschen Poesie mit reinbringen: Frau Badura, wir nehmen's so in den Schulen: Es geht nicht darum, dass wir aufeinander losgehen, sondern, dass wir aufeinander zugehen und dieser Tag kann auch ein Beitrag dazu sein.

Moderator Dr. Spieker:

Vielen Dank. Das Thema Inklusion und Bildung ist ja von besonderer medialer Präsenz. Zur Zeit ein Bereich, der vielfach eher etwas im Verborgenen ist, der Bereich Arbeit, z. B. durch die Arbeit im Bereich der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die manchmal sehr

kritisch gesehen wird. Ich freue mich, dass wir auch zu diesem Thema zwei Dialogpartner heute hier haben, die auch das Tandem bilden. Herrn Weber und Herrn Dr. Blöck vom Sozialministerium. Ich darf auch Sie um Ihre Wortmeldung bitten zu der Frage: Wie ist der Ist-Stand, was bietet der Entwurf zum Aktionsplan zum Thema Arbeit und wo sehen Sie die wichtigsten Punkte, an denen der Plan vorangebracht werden muss?

Dr. Oliver Bloeck:

Lieber Herr Spieker, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank für die nette Begrüßung. Ich möchte gleich das Wort aufgreifen: Sie sagten, der Bereich Arbeit sei noch nicht so sehr im Zentrum der Betrachtung wie der Bereich Bildung, den jetzt gerade der Herr Kollege Weigl aus dem Kultusministerium kurz skizziert hat. Da haben sie sicher recht, dass das so ist. Wir wollen alles dazu beitragen, dass das zukünftig nicht mehr so ist. Es sind heute schon bei den Vorstellungs-/ Einführungsreden ganz zentrale Stichworte gefallen. Ich möchte den Begriff Teilhabe einfach nur noch erweitern um den Begriff der Teilhabe auch im Arbeitsleben. Das ist mittlerweile eine Binsenweisheit, wir verbringen alle die meiste Zeit damit zu arbeiten, für unseren Lebensunterhalt zu sorgen. Das gilt für nichtbehinderte Menschen und es sollte genau so gelten für behinderte Menschen. Dazu finden sich im Entwurf des Aktionsplans neben einer Bestandsaufnahme – so ist er ja allgemein gegliedert – für meine Begriffe zahlreiche sehr gute Programme, sehr gute Ansätze, Wege, wie man diesen Bereich, nennen wir ihn Inklusion ins Arbeitsleben, noch weiter voranbringen kann. Da sind meines Erachtens sehr gute Ansätze vorhanden. Der Freistaat steckt hier – das sage ich auch ganz offen – eine Menge Geld hinein. Diese Programme, diese Ansätze wollen wir alle weiterentwickeln, sie noch besser machen, denn es ist unbestritten, dass im Bereich Arbeitsleben Menschen mit Behinderung – die Zahlen sind einfach hier objektiv so – nach wie vor noch nicht in diesem Bereich teilhaben wie eben Nichtbehinderte. Wir wollen alles tun, um da noch aufzuholen. Ich bin sehr gespannt auf unser heutiges Tandem, was wir als Input mitbekommen, wie es besser werden kann und möchte es erst einmal dabei bewenden lassen und schauen, was in unseren Stationen herauskommt.

Roland Weber:

Mein Name ist Roland Weber, ich bin Werkstattrat, Beschäftigter in einer Werkstatt für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen und ich kann Ihnen sagen, die Teilhabe geht voran. Vor einem Jahr war ich noch nicht hier gesessen. Man hört uns, man nimmt uns wahr und wir rühren uns auch. Ich denke, das ist der eine Punkt. Das Thema Arbeit ist etwas sehr elementares. Zum einen – wie die Werkstättenverordnung sagt – der Mensch der in die Werkstatt kommt, der sollte auch den Weg wieder herausfinden. Aber die Zahlen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt strafen diese Aussage Lügen. Es sind Mindestprozensätze, also

nicht einmal über eine Promille. Warum ist das so? Warum werden die Beschäftigten in den Werkstätten nicht besser eingebunden? Was machen wir als Beschäftigte vielleicht verkehrt? Wo ist unser Ansatzpunkt? Ich finde es schön, dass wir hier heute die Möglichkeit haben im Tandem über solche Themen zu reden, über die verschiedenen Jobprogramme zu reden – und ich sage, es werden Wege gesucht, aber den allheiligen Weg haben wir leider noch nicht gefunden. Die Teilhabe der Beschäftigten in den Werkstätten ist wirklich – seit zwei Jahren gibt es diese Landesarbeitsgemeinschaft, deren Vorsitzender ich bin und wo sich die 14 Bezirke mit je zwei Sprechern versammelt haben. Es geht z. B. um eine gute politische Arbeit, aber keiner will uns finanzieren. Diese Bittstellerrolle, die immer wieder auf uns zu kommt und die von der eigentlichen Arbeit auch abhält, - das ist ja das nächste Problem, wenn man sich um's Geld kümmern muss, damit man eine Veranstaltung machen kann – dann hat man andere Sorgen als sich um die inhaltlichen Geschichten zu kümmern, die wirklich wichtig sind. Es ist ja nicht nur so, dass der Arbeitsmarkt uns will, sondern wir müssen uns an den Arbeitsmarkt heranwagen, wir müssen den Mut haben, wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu gehen. Es ist ja nicht nur, dass es Beschäftigte gibt, die diesen Weg gehen von der Förderschule über den Berufsbildungsbereich in die Werkstätten, sondern es gibt ja auch sehr viele Menschen mit psychischer Erkrankung, die durch die heutige Arbeitswelt krank werden und die auch bestimmt wieder den Weg aus der Werkstatt heraus zu finden versuchen. Ich habe nur noch zwei Jahre bis zum Rentenalter, ich werde diese Zeit wohl noch gut in der Werkstatt verbringen können. Ich freue mich auf diesen Tag heute, ich freue mich auf ihre Fragen zum Arbeitsleben in den Werkstätten und gebe das Mikrofon zurück an Herrn Spieker. Vielen Dank

Moderator Dr. Spieker:

Ja, vielen Dank. Herr Dr. Bloeck sprach davon das wir sehr viel, er sagte sogar, die meiste Zeit doch mit arbeiten beschäftigt sind. Hr. Weber sagt, das kann in Krankheit enden. Damit das so nicht geschieht brauchen wir noch einen anderen Platz, wo wir mindestens – soweit ich richtig informiert bin ein Drittel unserer Lebenszeit verbringen, nämlich das Bett und das steht üblicherweise zuhause. Das wäre der Versuch der Überleitung zu unserem nächsten Thema nämlich dem Themengebiet Wohnen. Ich freue mich, dass ich einerseits Frau Kempf begrüßen kann zu diesem Thema und Herrn Baumann aus dem Sozialministerium. Ich darf auch Sie zunächst in der wunderbar vorgemachten Kürze bitten, Stellung zu nehmen. Was ist Ihrer Ansicht nach derzeit die Aussage, die der Plan, der Entwurf, macht und was wäre ein Punkt, den sie bereits im großen Plenum mitgeben wollen? Was bräuchte es damit daraus einen Plan wird? Wer möchte zuerst das Wort ergreifen?
Frau Kempf, bitte.

Antje Kempf (keine wörtliche Übertragung):

Ich war früher 17 Jahre in der WHP. Ich wohne selbstständig. Es war eine schwere Entscheidung. Über das Zentrum Selbstbestimmtes Leben in Erlangen habe ich eine behindertengerechte Wohnung gefunden. Damit ich sehr selbstständig wohnen kann habe ich drei Assistenten. Ich möchte anderen Mut machen, dass sie auch eine Wohnung für Behinderte bekommen und dort selbstständig wohnen können und nicht ins Wohnheim müssen. Ein Wohnheimplatz kostet 3000 € oder mehr. Viele von ihnen müssen in einem Wohnheim leben aber auch sie möchten in einer Wohnung mit Unterstützung leben.

(Sie verweist im wesentlichen auf eine Broschüre „Mit Unterstützung leben“ des Zentrums Selbstbestimmtes Leben in Erlangen).

Moderator Dr. Spieker:

Vielen Dank.

Dr. Rolf Baumann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Wohnen ist aus Sicht des Sozialministeriums natürlich hoch komplex. Sie haben einmal die Bedürfnisse der Menschen die als Betroffene eine adäquate Wohnung und Teilhabe suchen und die Frau Kempf hat plädiert für dieses unterstützte Einzelwohnen. Wir haben daneben natürlich Menschen, die auch andere Bedürfnisse, Bedürfnisse eher einer relativ betreuten Umgebung haben und insofern steht jedenfalls für's Fachreferat über all dem was wir organisieren ganz klar, das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen. Es gibt keine Zwangsbeglückung in der einen und keine Zwangsbeglückung in der anderen Richtung. Sehr wohl gibt es natürlich die Notwendigkeit die bestehenden stationären Plätze gemeinsam mit den Einrichtungsträgern, gemeinsam mit den Finanziers, das sind die Bezirke, und gemeinsam mit den Betroffenen so umzuwandeln, dass wir entweder in Richtung betreutes Außenwohnen, in Richtung betreute Wohngemeinschaften, in Richtung Einzelwohnen umorganisieren oder aber die bestehenden stationären Einrichtungen so umwandeln, dass eben dort ein Maximum an Teilhabe und Inklusion realisiert wird. Wenn Sie die finanziellen Dimensionen sehen die da dahinterstehen dann sind sie in den hunderten von Millionen und dann wird Ihnen klar, dass das keine Geschichte ist, die wir uns heute ausdenken und morgen realisieren. Wir werden eine Menge Geduld mitbringen müssen, wir werden eine Menge Dialog führen müssen und zwar einmal natürlich mit den Betroffenen und zum anderen aber auch mit den Organisatoren, mit den Trägern und mit den Finanziers. Und diese komplexe Entwicklung wird seine Zeit brauchen, ich denke wir brauchen ein Ziel und ich wiederhole mich jetzt und das sei das Ende. Das Ziel kann nur sein, Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen. Wir werden mit Ihnen reden, wir werden über

die Umsetzung reden aber wir müssen, und das ist mein Plädoyer, uns auch die Zeit geben. Denn bei diesem Prozess geht wirklich Qualität vor Schnelligkeit.

Moderator Dr. Spieker:

Vielen Dank auch nochmals für den Einblick in die Praxis durch Unterstützung selbstbestimmt zu werden. Das war gewissermaßen ein Kommentar zu dem Vortrag den wir heute Vormittag schon hören durften von Herrn Glück, der ja unterschiedliche Gerechtigkeitsbegriffe vor uns ausgebreitet hatte und vor allem auf die Chancengerechtigkeit hinwies und Sie haben jetzt noch mal deutlich gezeigt, dass Chancen ermöglicht werden müssen, dass man dafür auch Geld in die Hand nehmen muss – wie man heute so sagt. Wir wollen jetzt zu einem weiteren Themenfeld überschwenken, das auch mit den beiden vorhergehenden direkt verbunden ist. Wir haben gehört, zuviel Arbeit macht krank und was macht man wenn man einmal krank geworden ist. Man braucht Unterstützung um wieder gesund zu werden. Ich freue mich dass wir dazu gleich drei Experten auf dem Podium versammelt haben. Zum einen auf der Seite der Betroffenen Frau Meier und Herrn Möhrmann und in der Mitte eingerahmt Herr Dr. Walzel vom Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und ich darf Ihnen zunächst das Wort geben.

Dr. Georg Walzel:

Schönen Dank. Ein ganz kurzer Bericht seitens des Gesundheitsministeriums. Der Aktionsplan ist, soweit in unserem Zuständigkeitsbereich, auf große Zustimmung getroffen. Es haben sich Schwerpunkte und weiterer Handlungsbedarf in zwei Bereichen gezeigt, nach den bisher eingegangenen Stellungnahmen. Der eine Bereich ist Verbesserung der Finanzierung im Bereich der Individual- und Gruppenprophylaxe für Zähne und der zweite Bereich ist die Frühförderung. Beide Themen betreffen das Sozialgesetzbuch (SGB) V und das SGB IX. Es sind Bundesgesetze. Ich kann hier noch keinen Vollzug feststellen oder melden. Auf jeden Fall ist es so, dass wir seitens des Gesundheitsministeriums die Vorstöße, die Belange für nachvollziehbar und vernünftig betrachten und uns bemühen werden hier zu einer Regelung zu kommen, was allerdings sehr schwierig ist, da es wie gesagt Bundesgesetze sind. Der zweite Bereich, der eigentlich einen viel größeren Raum eingenommen hat, ist der Bereich der Menschen mit psychischen, geistigen und seelischen Behinderungen. Da ist mit Sicherheit noch nicht das letzte Wort im Entwurf des Aktionsplans gesprochen und ich möchte deshalb das Wort an meinen Tandempartner Herrn Dipl. Ingenieur Möhrmann weitergeben, der aus eigener Erfahrung berichten und erklären kann.

Karl-Heinz Möhrmann:

Dankeschön Herr Dr. Walzel. Meine Damen und Herren, in dem bisher vorliegenden Entwurf des Aktionsplans steht ja jede Menge drin. Da ist auch ein Kapitel drin über Ferien auf dem Bauernhof; aber was völlig fehlt sind psychische Erkrankungen und Behinderungen. Ein Drittel der Bevölkerung wird im Lauf des Lebens ein- oder mehrmals behandlungsbedürftig psychisch krank. Diese Krankheiten sind nicht vorhersehbar heilbar – ein Teil wird natürlich wieder gesund aber leider nicht alle. D. h. ein erheblicher Teil dieser Menschen wird chronisch krank und wird damit behindert. Die Zahl die ich Ihnen genannt habe, sie können sich überlegen von den hier im Saal Anwesenden wird es jeden Dritten einmal im Leben erwischen. Deshalb möchte ich Sie alle sensibilisieren für dieses Thema. Es kann nicht angehen, dass dieses Thema in einem Aktionsplan außen vor bleibt. Nun ist es so, solche psychische Behinderungen sind nicht zu verwechseln mit geistigen Behinderungen. Die nehmen aus verschiedenen Gründen eine Sonderstellung ein. Im Gegensatz zu körperlichen Behinderungen sind solche psychische Behinderungen ja nicht ohne weiteres sichtbar. Bei einem Rollstuhlfahrer sieht man, dass ihm irgendwas Körperliches fehlt. Bei einer psychischen Erkrankung da ist die Seele im Rollstuhl. Das kann man nicht ohne weiteres Erkennen. Trotzdem sind solche Funktionsstörungen für die Umwelt auch spürbar, manchmal auch in erheblichem Ausmaß, insbesondere für das soziale Umfeld, sprich für die Angehörigen. Wobei die Angehörigen schon längst Inklusion betreiben, das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen. Damit stellen solche Erkrankungen immer eine hohe Belastung nicht bloß für die Betroffenen selbst sondern auch für das ganze Umfeld dar. Hängt auch zusammen mit der häufig fehlenden Krankheitseinsicht, das ist eines der unangenehmen Symptome bei solchen Erkrankungen und damit der fehlenden Behandlungsbereitschaft. Dazu kommt noch die weit verbreitete Stigmatisierung dieser Erkrankungen in der Gesellschaft, sie haben ein negatives Image. Was verschiedene Gründe hat, auf die ich hier nicht eingehen kann. Die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft erfordert daher erhebliche Veränderungen auch in Bezug auf die Akzeptanz psychisch Behinderter durch die Bevölkerung als vollwertige Mitmenschen. Damit möchte ich im Moment enden. Danke.

Anja-Alexandrea Meier:

Ich möchte jetzt eher was zu den allgemeinen Problemen mit dem Gesundheitssystem sagen. Ich will es mal kurz machen. Sicherlich könnte man das über Stunden ausbreiten. Das Hauptproblem ist schon die freie Arztwahl, die nicht gegeben ist. Das liegt oft an baulichen Barrieren. Das liegt daran, dass Ärzte mit Behinderungen nicht umgehen können oder wollen. Das man Probleme hat bei Verordnungen und Rezepten - wenn man denn mal einen Arzt gefunden hat das man es auf mehrere Ärzte aufteilen muss. Das man die Fahrten zu den Ärzten ja auch wieder der Krankenkasse zu Lasten legen muss – oft. Das ist irgendwie

ein Kreislauf und das zieht unendliche Kreise und wie man da ansetzen kann, das müsste man den Herrn vom Gesundheitsministerium fragen.

Georg Walzel:

Ich kann im Moment nicht viel dazu sagen. Aber ich habe schon vorher ausgeführt, dass wir dranbleiben und diese Themen aufgreifen und so weit als möglich auch einer Lösung zuführen wollen. Ich wiederhole noch mal, SGB - Bundesgesetz ist schwierig, in der Praxis von der Länderebene aus zu regeln.

Moderator Dr. Spieker:

Es gibt eigentlich schon jetzt die Notwendigkeit in das Zwiegespräch einzutreten. Wir gönnen uns aber noch 20 Minuten um den Überblick vollständig zu erhalten. Bevor wir dann in die Tandems gehen. Ich möchte jetzt gleich zum nächsten Thema überleiten, nämlich der Barrierefreiheit. Dazu haben wir im Moment drei Vertreter hier oben. Herrn Sedlmeier, der aber gleichzeitig als gewissermaßen Universalsprecher für eine ganze Reihe von Teilnehmern nachher der Tandems hier sitzt und neben ihm Frau Frohnmüller vom Innenministerium und Herrn Spicka, dessen Tagungsunterlagen man mir gestern schon überreichen wollte, als ich sagte Spiecker hier, Herr Spicka vom Wirtschaftsministerium.

Ich darf auch Sie in aller Kürze um Ihre Wortmeldung bitten.

Sabine Frohnmüller:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass ich heute an dieser Tagung mitwirken kann. Ich komme von der Obersten Baubehörde im Innenministerium und dort beschäftigen wir uns intensiv mit dem barrierefreien Bauen – und das nicht erst seit der UN-Behindertenrechtskonvention. Allerdings kann uns diese Konvention insbesondere was den neuen Aspekt der Inklusion betrifft, jetzt als Richtschnur dienen. In unserem Zuständigkeitsbereich liegen der staatliche Hochbau, von der Polizeistation bis zum Museum und der staatliche Straßenbau, auch das Baurecht und die Wohnraumförderung und die Städtebauförderung. Ich möchte jetzt nur zwei Punkte aus dem Aktionsplan herausgreifen. Zum einen betrifft es das staatliche Bauen. Da haben wir ein Audit „Barrierefreies Bauen“ entwickelt. Es ist ein verwaltungsinternes Verfahren auch mit Beteiligung des jeweiligen Schwerbehindertenbeauftragten der jeweiligen Behörde wo es um die Sicherung der Barrierefreiheit bei neuen Bauvorhaben geht. Dieses Audit wird ab Januar 2012 in der bayerischen Bauverwaltung umgesetzt. Ein weiterer Punkt ist das Baurecht. Vielleicht haben Sie schon gehört, es gibt eine neue Planungsnorm zum Barrierefreien Bauen, die DIN 18040. Sie betrifft die barrierefreie Gestaltung von öffentlich zugänglichen Gebäuden und Wohnungen. Sie behandelt verstärkt auch jetzt gegenüber den Vorgängernormen die Anforderungen für sinnesbehinderte

Menschen also für insbesondere sehbehinderte, gehörlose Menschen. Ja, und diese neue Planungsnorm werden wir als technische Baubestimmung, so heißt das im Baurecht, verbindlich einführen, sodass auch die privaten Bauherrn an die Umsetzung nach den aktuellen DIN-Normen gebunden sind. Das natürlich nicht die gesamte Umwelt von heute auf morgen barrierefrei sein kann, dürfte jedem klar sein. Aber wir arbeiten intensiv daran, wie ich schon gesagt hab, insbesondere auch mit der Wohnraumförderung und auch mit der Städtebauförderung. Danke.

Wolfgang Spicka:

Mein Name ist Wolfgang Spicka vom Bayerischen Wirtschaftsministerium. Ich vertrete jetzt hier die Bereiche Verkehr und Tourismus und das sind jetzt gerade zwei Bereiche, bei denen wir ganz besonders auf die Rückmeldungen und Anregungen der Betroffenen angewiesen sind und deswegen freue ich mich schon auf die Diskussionen im Workshop nachher. Vielleicht kurz zum Aktionsplan. Im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) enthält der Aktionsplan eine kurze Sachstandsdarstellung und eine Darstellung der Ausbaupläne der Bayerischen Staatsregierung. Ein Problem im Verkehr ist gerade im Bahnbereich das die Zuständigkeit in den meisten Fällen beim Bund liegt. Das macht es auf Landesebene natürlich ein bisschen schwieriger. Nichts desto trotz werden wir weiter mit Engagement daran arbeiten hier die Barrierefreiheit möglichst schnell weiter zu verbessern. Im Bereich Tourismus kann man sagen das Ziel ist letztlich die Herstellung der Barrierefreiheit in der touristischen Servicekette. Ich darf von den Maßnahmen vielleicht kurz hervorheben, dass es gelungen ist einen Bayerischen Qualitätspreis zu installieren. Das haben wir auch ganz besonders dem Engagement von Frau Badura zu verdanken, dass hier die verschiedenen Beteiligten und Verbände an einen Tisch gebracht werden konnten und sich schließlich auf gemeinsame Kriterien einigen konnten. Auch hier geht die Entwicklung weiter. Ganz aktuell, eine Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums. Die machen ein neues Projekt „Barrierefreies Reisen und Tourismus für alle“ und finanzieren und fördern ein Projekt zur Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote im Tourismus. Ich kann jetzt schon sagen, dass das Bayerische Wirtschaftsministerium hier zur Finanzierung noch etwas drauflegt und ein eigenes Förderprojekt im Bereich der Schulung noch auf dieses INWI-Projekt draufsatelt. Das vielleicht von meiner Seite.

Moderator Dr. Spieker:

Vielen Dank und ich darf das Mikrofon einmal nach hinten reichen zu Herrn Sedlmeier.

Herbert Sedlmeier:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Dr. Spieker hat mich als Universalsprecher angekündigt und dann will ich meiner Ankündigung auch gerecht werden als Landesvorsitzender der Kommunalen Behindertenbeauftragten soll ich ganz kurz Stellung nehmen zu den Bereichen Mobilität, Bauwesen und Tourismus. Unser Landesverband hat eine Stellungnahme abgegeben und in dieser Stellungnahme regen wir an oder wir fordern vielleicht auch, dass gerade im Bereich Mobilität Spontanfahrten und das schreibe ich als Überschrift über die Mobilität – Spontanfahrten müssen möglich sein. Und Spontanfahrten sind nur möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Das sind dann entsprechende Einstiegshilfen bei den bestehenden Fahrzeugen. Die laufen zum Teil noch 20 Jahre, deshalb können wir nicht warten bis nur die Neuen ausgestattet werden. Das ist auch die zweite Forderung. Alle neuen Fahrzeuge müssen entsprechend ausgestattet sein. Eine Forderung ist auch, es bedarf eines umfassenden barrierefreien ÖPNV. Die Bahn fährt nicht überall. Die Busse aber wohl. Deshalb muss auch der ÖPNV entsprechend ausgestattet werden. Und schließlich und endlich fordern wir oder regen wir an im Bereich Mobilität, es gibt jetzt eine ich sage mal unsägliche Fernbusrichtlinie die seit kurzem in Kraft getreten ist und wir meinen das auch diese Busse entsprechend barrierefrei ausgestattet sein müssen. Soweit zum Bereich Mobilität. Bauwesen, und ich mach es wirklich kurz in allen Bereichen. Ich nenne nur die Dinge die für uns unabdingbar sind. Im Bereich Bauwesen meinen wir das es unabdingbar ist zukünftig die Behindertenbeauftragten die zu baulichen Maßnahmen Stellungnahmen abgeben müssen entsprechend gestärkt werden müssen und zwar dahingehend, dass sie bei allen Planungsprojekten angehört werden müssen. Das ist für uns eine Grundvoraussetzung. Wir meinen auch jeder spricht von Demografie also muss auch der demografischen Entwicklung entsprochen werden und wir meinen deshalb, dass barrierefreier Um- und Ausbau der bestehenden Gebäude gefördert werden muss, ja sogar forciert werden muss. In dem Bereich Tourismus, das wurde eben gerade angekündigt und auch schon angemerkt, meinen wir, dass es einfach nur der Umsetzung der sogenannten Servicekette bedarf. Ist diese Servicekette umfassend umgesetzt ist der Tourismus gestärkt bayernweit, bundesweit ohne Ärzte ohne An- und Abfahrtswege, ohne Freizeitmöglichkeiten, ohne barrierefreie Häuser, ohne vernünftige Planung von Flugzeug- und Bahnverbindungen, all diese Dinge müssen in der Kette abgedeckt sein. Es nützt uns gar nichts nur ein Haus barrierefrei auszugestalten, wenn das Umfeld nicht passt. Dann möchte ich jetzt meiner universellen Ankündigung gerecht werden und würde noch gerne in zwei Sätzen zu zwei Tandems hier Stellung nehmen wollen. Das Tandem Beschäftigung und Arbeit. Ich sage Tandem weil ich die Namen leider nicht behalten habe. Sie haben uns mitgeteilt, dass die Arbeitgeber sensibilisiert werden sollen durch Programme. Meine Damen und Herren, ich bin 30 Jahre in der Behindertenarbeit tätig. Ich zweifle daran, dass Arbeit-

geber nur durch Programme sensibilisiert werden können. Ich meine, Grundvoraussetzung ist eine ordentliche Bildung. Nur wer ordentlich ausgebildet ist, bekommt auch Arbeit. Damit bin ich auch schon beim Tandem Bildung. Dort wurde uns gesagt, in einem Nebensatz, Förderschule ist eine besondere Schule. Ich kann in der UN-Behindertenrechtskonvention nirgends sehen, dass wir eine besondere Schule wollen. Wir brauchen auch keine besondere Schule. Wir brauchen eine Schule die es allen ermöglicht, die Sprengelschule zu besuchen. Wir sind mit den Profilschulen Inklusion einen ersten kleinen Schritt gegangen. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben. Und ich appelliere und wir sprechen uns anschließend bei der nächsten Station, Herr Weigl. Danke.

Moderator Dr. Spieker:

Ja, vielen Dank für diese Stellungnahme. Barrierefreiheit das wird vielen bewusst, gerade jenen die zum Beispiel schon mal einen Kinderwagen durch oberbayerische Bahnhöfe bewegen wollten. Barrierefreiheit und gerade Mobilität ist tatsächlich eines der anderen Themen wo es besonders augenfällig wird, dass das Thema der Inklusion kein Sonderthema einer bestimmten Bevölkerungsgruppe sondern ein gesamtgesellschaftliches ist. Und das Inklusion etwas ist, was allen zugute kommt. Wir hatten vorher schon bei dem Bereich der Gesundheit die Kritik gehört, dass im Entwurf die psychischen Beeinträchtigungen gar nicht erwähnt werden. Sie hatten es auch gleichzeitig ein wenig erklärt. Sie sind weitestgehend unsichtbar, für draußen, für sozusagen Außenstehende. Das mag ein Grund sein. Ein weiterer Bereich der Barrierefreiheit neben den sichtbaren Leistungen wie Rampen, Aufzügen u. s. w. ist derjenige der barrierefreien Kommunikation. Ich freue mich dass wir auch dazu zwei Tandempartner hier bei uns versammeln konnten. Herrn Dr. Potthast von der Staatskanzlei und Herrn Wartenberg seitens der Betroffenen. Ich darf auch Sie zunächst um Ihre Wortmeldung bitten.

Klaus-Peter Potthast:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, Kommunikation ist unser Thema. Wir haben jetzt am Ende dieser Debatte, angesichts des engen Zeitkorsetts, uns darauf verständigt, das einer diesen Part übernimmt und Sie ahnen schon wer es machen darf, nämlich der, der das Mikrofon im Augenblick in der Hand hält. Ich darf Ihnen jetzt gleich die Ergebnisse der Stellungnahmen mitteilen, die uns anhalten einen großen Schritt oder große Schritte weiterzugehen auf einen Weg den wir bereits eingeschlagen haben. Sie mögen vielleicht die eine oder andere sehr speziell finden, doch sind alle Forderungen die ich gleich nennen werde exemplarisch für zwei Anliegen der Kommunikation: Erstens, sich selbst informieren zu können, umfassend, in allen Bereichen und auch zu informieren über eigene Themen und Anliegen. Ich komme jetzt zu den einzelnen Forderungen:

Zunächst Implementierung der Gebärdensprache in das gesellschaftliche Leben, Untertitelung und Übersetzung in Gebärdensprache in möglichst allen Sendungen – zumindest des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eine weitere Forderung wäre 100 % Untertitelung in allen Sendern. Ausbau in diesem Zusammenhang der Einblendung von Gebärdendolmetschern und anderen Hilfen für Live- und Kindersendungen. Die generelle Barrierefreiheit in Online-medien zusätzlich spezielle Dienstleistungen bei Onlinemedien, Ausweitung der entsprechenden Programmteile mit spezifischen Themen. Beispielhaft genannt sei hier die Erweiterung der Sendung „Sehen statt Hören“ und last but not least eine Rundfunkbefreiung für Taubblinde und an der Stelle darf ich mit einem positiven Ausblick enden die ist bereits im nächsten Beitragsstaatsvertrag festgeschrieben und kann so auch dann am Ende dieses Jahres in Kraft treten. Das wäre es jetzt in Kürze und damit darf ich in Wahrung des fortgeschrittenen Zeitraums zunächst enden.

Moderator Dr. Spieker:

Vielen Dank. Ich hatte mir vorher erlaubt das ganze als eine Übung zu bezeichnen und möchte mich gleich bei allen Beteiligten entschuldigen, denn alle waren Profis vor allem was die Zeitstruktur angeht. Wir sind nämlich punktgelandet. Herzlichen Dank für diesen Überblick den Sie uns schon gegeben haben. Jetzt wäre es eigentlich Zeit, nachdem wir das Menü gesehen haben, zum Essen voranzuschreiten, allerdings kann ich Sie nun nicht zum Mittagessen entlassen sondern möchte Sie alle bitten sich nun selber rege zu beteiligen, denn es wurde schon bei den einleitenden Worten gesagt und ich darf das aus meiner eigenen Erfahrung unterstreichen, in der Vorbereitung dieser Veranstaltung, ich bin ja gewissermaßen der neutrale Moderator aber ich darf Ihnen verraten, das Staatsministerium ist wirklich sehr, sehr interessiert und darauf angewiesen, dass Sie sich beteiligen, dass Sie auch konkrete Forderungen erheben, damit Information aus dem Kreis der Betroffenen eben in diesen Plan einfließen kann und dazu darf ich Sie jetzt alle bitten dem jeweiligen Tandem, das Ihnen am meisten zusagt hat sich zunächst einmal beizugesellen aber auch jeder hat die Freiheit in der kommenden Stunde die Örtlichkeiten zu wechseln. Deswegen ist es ja ein Open-Space-Tandem. Wir haben den Freiraum uns frei zu bewegen und Sie können gewissermaßen zu jedem Thema Ihre Wortmeldung abgeben. Das ganze werden wir bis etwa 13.00 Uhr durchführen und um 13.15 Uhr bitte ich Sie alle sich wieder hier zu versammeln, damit wir dann zu einer kurzen Abschlussrunde kommen können und die Ergebnisse zusammentragen. Für jetzt, meinen herzlichen Dank schon für diesen Überblick und Ihnen allen freudiges Schaffen in der Workshopphase. Vielen Dank!